

# Kontrovers, aber konstruktiv!

Fabian Junge und Liam Patuzzi, wissenschaftliche Referenten der ebb Entwicklungsgesellschaft für berufliche Bildung mbH, über die wichtigsten Ergebnisse des IQ Symposium „Arbeitsmarktintegration von Eingewanderten in Deutschland und Europa“.



Prof. Naika Foroutan und Staatssekretär Thorben Albrecht diskutieren auf dem Podium über Fragen nationaler Identität und die Bedeutung von Integration.

Seit Mitte 2015 hat die starke Zunahme der Zuwanderung von Geflüchteten in ganz Europa zu bedeutenden Herausforderungen geführt, die alle Politikbereiche und Entscheidungsebenen berührt. Während die Hauptzuwanderungsländer große Anstrengungen unternommen haben, für eine humane und geordnete Aufnahme zu sorgen, zeichneten sich die Beziehungen zwischen den Regierungen angesichts von Themen wie Grenzmanagement und Asylkontingenten oft durch Polemik und Streitigkeiten aus. In dem Versuch, der aufgeheizten Stimmung etwas entgegenzusetzen, bestand das Ziel des Symposiums „Arbeitsmarktintegration von Eingewanderten Deutschland und Europa“, das am 6. April 2016 in Berlin stattfand, darin, eine konstruktive Debatte über die längerfristige Herausforderung der Integration in Europa zu ermöglichen. Gastgeber der Veranstaltung waren das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ in Kooperation mit dem internationalen Metropolis-Projekt. Rund 150 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, vornehm-

lich aus Deutschland, aber auch aus anderen europäischen und nicht-europäischen Ländern, nahmen an der Veranstaltung teil.

## Koordinierung, Führung und langfristige Investitionen

Elizabeth Collett, Direktorin des Migration Policy Institute (MPI) Europa, stellte in ihrer Grundsatzrede große Unterschiede zwischen ausgewählten europäischen Ländern bei der Erwerbsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten dar. Fast überall in Europa stoßen sie im Zusammenhang mit ihrer Vorbildung und ihren individuellen Voraussetzungen, aber auch im Zusammenhang mit der Koordinierung und der „Offenheit“ der Arbeitsmarktakteurinnen und -akteure an Grenzen. Thorben Albrecht, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), gab einen Überblick über die Fortschritte, die in den letzten zehn Jahren in der deutschen Integrationspolitik erzielt wurden. Er hob die gesetzlichen Reformen hervor, die der Verbesserung der Integration von bereits in Deutschland lebenden

Migrantinnen und Migranten dienen sowie der Steigerung der Attraktivität Deutschlands für internationale Fachkräfte. Diese Faktoren, kombiniert mit der stabilen Arbeitsmarktlage, stimmten Albrecht optimistisch, dass es Deutschland gelingen werde, der großen Zahl Geflüchteter, die Deutschland in jüngerer Zeit erreichten, den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation für Migrantinnen und Migranten wurden einige Schritte identifiziert: Thomas Liebig, Migrationsexperte der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), betonte, dass die frühzeitige Einleitung von Integrationsmaßnahmen gewährleistet sein muss (s. Seite 25-27). Daneben wurde die Integrationspolitik als umstrittener und emotionsgeladener Bereich beschrieben. Daher sollte eine gute Datenlage die Grundlage für tatsachenorientierte politische Entscheidungen bilden. Wichtig sei zudem die Stärkung der interkulturellen Fähigkeiten auf Seiten der staatlichen Arbeitsvermittler, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und anderer Arbeitsmarktteilnehmenden mit dem Ziel, Diskriminierung gegenüber Migrantinnen und Migranten abzubauen. Auch die Einbeziehung nicht-staatlicher Akteurinnen und Akteure wie Organisationen der Zivilgesellschaft, Migrantenverbände und Gewerkschaften wie auch der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wurde unterstrichen.

## Aufbau einer Kultur der Solidarität und Aufnahme

Während der Erörterungen der „politischen Ausrichtung“ zeigten sich deutlichere Gegensätze. Fragen der nationalen Identität und der Bedeutung von Integration wurden kontrovers diskutiert. Naika Foroutan, Professorin am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), brachte ihre Sorge über die ihrer Auffassung nach erheblichen Rückschläge in der Integrationspolitik in Deutschland seit Beginn der sogenannten „Flüchtlingskrise“ zum Ausdruck. Ihr zufolge ist das – damals noch nicht verabschiedete – Integrationsgesetz Ausdruck dieser Tendenz, denn dessen Vorkehrungen über mögliche Sanktionen enthielten implizit den Vorwurf, Geflüchtete seien nicht gewillt, sich in ihren Aufnahmefländern zu integrieren. Foroutan stellte fest, man habe eine historische Gelegenheit verpasst, Integration als Leitbild für eine moderne Demokratie auf Grundlage von Solidarität und einem gleichberechtigten Zugang zu Teilhabe zu definieren.

Hierauf reagierte Thorben Albrecht, indem er die positiven Aspekte des Gesetzes hervorhob. Abgesehen von der politischen Ebene, auf der es die Bereitstellung von mehr Integrationsdiensten vorsehe und den Zugang hierzu für bestimmte Gruppen erleichtere, stelle es im politischen Diskurs einen erheblichen Fortschritt dar, da es dem Umstand Rechnung trage, dass ein Großteil der jüngst in Deutschland angekommenen Geflüchteten bleiben werde und sie

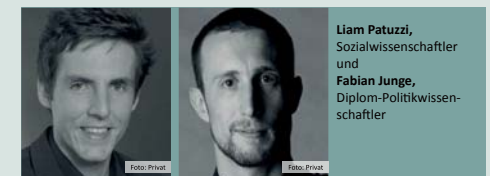
die Möglichkeit erhalten müssten, Teil der Gesellschaft zu werden. Mit Blick auf die Integrationsdebatte in Deutschland und im Vereinigten Königreich plädierte Jon Simmons, Head of Migration and Border Analysis, für einen weniger emotionalen, dafür pragmatischeren Ansatz, der sich auf Tatsachen stützt. Eine Befeuerung der Debatte berge die Gefahr, ideologische Kluften zu schaffen, die der Gestaltung guter Politik und dem politischen Klima abträglich seien. Die Ängste, die Einwanderung in einigen Teilen der Bevölkerung hervorrufen, sollten nicht einfach abgetan werden. Vielmehr sollte man ihnen begegnen, indem man die gesamte Bevölkerung in den Veränderungsprozess, den die Politik zu gestalten versucht, einbezieht. Trotz ihrer unterschiedlichen Meinungen waren die Redner darin einig, dass die Integrationsdiskussion im Rahmen einer breiter angelegten Debatte über soziale Ungleichheit geführt werden sollte.

## Fazit

Insgesamt blieb das IQ Symposium seiner Linie treu: Einerseits wurden Entscheidungsträger in ganz Europa gemahnt, langfristige Integrationsherausforderungen in den Blick zu nehmen, andererseits ging von der Veranstaltung das Signal aus, dass eine europäische Kooperation auf diesem politischen Gebiet ein großes Potenzial birgt. Eine Herangehensweise an Integration, die sich auf die Arbeitsmarktdimension als von Natur aus lösungsorientiert konzentriert, beförderte eine faktenorientierte und produktive Diskussion. Dabei konnten selbstverständlich nicht alle Aspekte mit demselben Tiefgang behandelt werden. Auf dem Symposium war die politische Perspektive weit stärker vertreten, obwohl allgemeiner Konsens darüber bestand, dass die bestehenden Herausforderungen nicht allein auf politischer Ebene zu bewältigen sind. Der zukünftige Austausch über dieses Thema sollte daher stärker andere Perspektiven, insbesondere die der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, in den Mittelpunkt rücken.

## Infos

Weitere Dokumente zum Symposium, einschließlich Videos der Vorträge und Podiumsdiskussionen, sind im Internet unter [www.netzwerk-iq.de/symposium](http://www.netzwerk-iq.de/symposium) verfügbar.



Liam Patuzzi, Sozialwissenschaftler und Fabian Junge, Diplom-Politikwissenschaftler